



CH-3003 Bern, GS-WBF

Adressaten:
die Kantonsregierungen

Bern, 11. September 2015

Änderung des ETH-Gesetzes: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Regierungsmitglieder

Der Bundesrat hat am 2. September 2015 das WBF beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zur Änderung des ETH-Gesetzes ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum **11. November 2015**.

Um den Entwicklungen der letzten Jahre sowie den in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen vorgebrachten Anliegen Rechnung zu tragen, muss das Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Gesetz) angepasst werden. Die erforderlichen Gesetzesanpassungen betreffen die Corporate Governance des ETH-Bereichs, die Studiengebühren, die Zulassungsbeschränkungen sowie weitere Bestimmungen. Die Gesetzesanpassungen sollen dem Parlament im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020 (BFI-Botschaft 2017–2020) beantragt werden. Einige der vorgesehenen Gesetzesänderungen müssen zu Beginn der neuen BFI-Finanzierungsperiode am 1. Januar 2017 in Kraft treten. Dies betrifft insbesondere die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Steuerung des ETH-Bereichs mit strategischen Zielen und die entsprechende Anpassung des Berichtswesens gemäss den Corporate-Governance-Leitsätzen. Deshalb wird, gestützt auf Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe a Vernehmlassungsgesetz, die Verfahrensfrist auf zwei Monate gekürzt.

In der Beilage unterbreiten wir Ihnen die Änderung des ETH-Gesetzes samt erläuterndem Bericht zur Stellungnahme. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist werden die eingereichten Stellungnahmen im Internet veröffentlicht. Im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG; SR 151.3) sind wir



bestrebt, barrierefreie Dokumente zu publizieren. Wir ersuchen Sie daher, die Stellungnahme wenn möglich elektronisch einzureichen (**bitte nebst einer PDF-Version auch eine Word-Version**).

Wir bitten Sie, Ihre Stellungnahmen bis zur angegebenen Frist an das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, Abteilung Hochschulen, Einsteinstrasse 2, 3003 Bern oder elektronisch an folgende Mail-Adresse zu senden: isabella.brunelli@sbfi.admin.ch

Für Rückfragen und allfällige Informationen steht Ihnen Herr Maurizio Toneatto (Tel. 058 462 96 77; maurizio.toneatto@sbfi.admin.ch) zur Verfügung.

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen im Voraus bestens und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Johann N. Schneider-Ammann
Bundesrat

Beilagen:

- Entwurf Änderung ETH-Gesetz und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten